

Antrag

öffentlich

Datum	Nummer
06.02.2019	A0029/19

Absender Fraktion DIE LINKE/future!	
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herr Schumann	
Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	21.02.2019

Kurztitel

Stromsperren verhindern

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass im laufenden Jahr der Grundpreis für die Stromversorgung privater Haushalte erheblich steigt.
2. Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister und die Unternehmen, die die Landeshauptstadt mit Strom versorgen, im Rahmen einer kontinuierlichen Kooperation alles in ihren Möglichkeiten stehende zu tun, um Stromsperren zu verhindern.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, bis zum Ende des Jahres 2019 im Gesundheits- und Sozialausschuss, im Finanz- und Grundstücksausschuss sowie im Ausschuss für Umwelt und Energie monatlich im Sinne von Ziffer 2 über den Fortgang seiner Bemühungen und über bestehende Probleme zu berichten sowie Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Begründung

Unter der Überschrift „Stromtarife ziehen wieder deutlich an“ berichtete die Volksstimme am 28.1.2019 auf Seite 1 über eine erhebliche Steigerung beim Grundpreis für die Stromversorgung. In diesem Beitrag heißt es u.a.: „Mehr Leitungen, weniger Strom - das bedeutet hohe Fixkosten fürs Netz. Selbst im wachsenden Magdeburg stagniert der Stromverbrauch bei den Stadtwerkskunden. Effizientere Haushaltsgeräte machen sich bemerkbar. Versorger reagieren und erhöhen den Grundpreis. Den zahlt jeder Haushalt, egal wie viele Lampen er anknipst. In Magdeburg verdreifachte sich dieser nahezu von 52 auf 137 Euro im Jahr. ‚Das belastet vor allem kleinere Haushalte – also Rentner und Alleinerziehende‘, sagt Verbraucherschützer Udo Sieverding. ‚Das ist ein soziales Problem. ‘“

Insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen gilt es Lösungen zu finden und Stromsperren zu verhindern.

Dies umso mehr, als es sich zumindest bei den Städtischen Werken Magdeburg um ein mehrheitlich kommunal geführtes Unternehmen handelt, das somit ein Stück weit allen MagdeburgerInnen mit gehört, auch den finanzschwächeren. Während bei den Heizkosten für Menschen mit sozialen Transferleistungen wie bspw. Hartz 4 auch immer das Jobcenter und somit die öffentliche Hand mit im Boot ist, sieht das bei den Stromkosten etwas anders aus. Hierüber wird zu reden sein.

Oliver Müller
Fraktionsvorsitzender